



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/VI/88

16. April 1951.

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die Demokratie vor einer Entscheidung	S. 1
Italien wählt	S. 3
Zum Sonne-Bericht	S. 4
Die Flüchtlingskonferenz des I.R.K.	S. 6
Der neue SPD-Erfolg in Hessen	S. 7

## Der Eisberg und das Phrasenschiff

hi. Es ist zweifellos fatal, wenn sich überflüssig gewordene Behörden oder Ämter als so zählebig erweisen, dass sie ihre Arbeit um Monate oder Jahre überleben. Aber es kann lebensgefährlich werden, wenn eine dringend notwendige Institution ihre Tätigkeit um Monate oder Jahre zu spät aufnimmt. Gemeint ist das Amt für Verfassungsschutz. Experten sind der Meinung, dass es kaum vor dem Herbst dieses Jahres arbeitsfähig sein wird. Die Abwehr staatsfeindlicher Aktionen - seien sie kommunistisch oder neofaschistisch - ist bis heute platonischer Natur. Man kann sich zwar informieren, aber niemanden aburteilen. Es fehlt das Bundesverfassungsgesetz.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, diese Achillesverse des westdeutschen Staates deutlich zu machen, so liefert ihn die Sozialistische Reichspartei mit ihrem Auftreten im niedersächsischen Wahlkampf.

Die Situation ähnelt verteuflert derjenigen vor 20 Jahren. Ausgebliebene soziale Massnahmen der Bundesregierung haben in verschiedenen Notstandsgebieten geradezu einen Nährboden für eine neofaschistische Infektion gezüchtet. Dagegen hilft keine Deklamation, dagegen hilft auch nicht, dass man Faktoren, die diese Situation demagogisch ausnützen, als staatsfeindlich erklärt,

ohne weitere als diese eine Konsequenz zu ziehen. Da die Bundesregierung es versäumt hat, den sozialen Sumpf trocken zu legen, muss sie nun wenigstens - die Brutstätten der Demagogie ausbrennen. Das klingt hart, aber es ist unerlässlich, wenn Westdeutschland vor dem Schicksal der Weimarer Republik bewahrt bleiben soll. Es muss vermieden werden, dass jemals wieder "Ganzrechts" und "Ganzlinks" eine demokratische Regierung blockieren können; die Gelegenheit dazu aber taucht am Horizont der niedersächsischen Landtagswahlen auf.

Dabei liegt die akute Gefahr im Augenblick weit mehr auf der äussersten Seite rechts als bei den Kommunisten. Die offizielle kommunistische Partei ist relativ harmlos, sie stirbt, wie die jüngste Bundestags-Nachwahl in Hessen gezeigt hat, an der galoppierenden Schwindsucht.

Gefährlich sind aber die zahlreichen, zum Teil noch unbekanntem Tarnorganisationen. Um es bildlich zu sagen: wie bei einem Eisberg liegt die Gefahr weniger in dem einen Fünftel, in der Spitze über Wasser, als in den vier Fünfteln unter Wasser, die unsichtbar unter der Oberfläche verbreitet weite Gebiete verseuchen. Ja, man kann eigentlich "der Spitze über Wasser" dankbar sein, dass sie jederzeit Ort und Bewegung der Gefahr anzeigt und so eine Überwachung ermöglicht.

Anders die SRP. Sie gleicht einem mit kriegerischer Flagge aufgetakelten Schiff, das leer, im hohlen Bauch nur muffige, tausendjährige Luft und ausgedroschene Phrasen, mit geringem Tiefgang und wirbelnder Schraube durchs Wasser pflügt, Jagd macht auf alle Schiffe, die Last tragen. Es hält sich nicht an die Gesetze der Seefahrt. Die Verleumdung aller Verantwortung tragenden Politiker durch diese Partei ist eine akute Bedrohung der jungen deutschen Demokratie. Sie muss sich - ohne auf fremde Hilfe zu warten - wehren; energisch, wie man sich eines Piraten entledigt. Dazu ist allerdings etwas mehr Mut und Energie notwendig, als bisher bewiesen wurde. Die verantwortlichen Männer, denen alle diese Erscheinungen nicht entgehen konnten, sind zu einer der wichtigsten politischen Nachkriegs-Entscheidung aufgerufen. Sie sollen beweisen, dass sie aus der jüngsten deutschen Geschichte gelernt haben; sie sollen den Mut aufbringen, den man in ähnlicher Situation in der Weimarer Republik unter Berufung auf falsch verstandene Prinzipien der Demokratie nicht aufbrachte. An den Folgen dieser Unterlassung krankt das ganze deutsche Volk heute noch; dass sich daselbe nicht unter anderer Flagge wiederhole, ist das Gebot der Stunde. Die Situation ist eindeutig, sie erfordert daher eine eindeutige Klärung.

Italienische Kraftprobe  
-----

V.S.Rom, Mitte April.

Mit einer Rede vor hundert-siebenzig christlichdemokratischen Bürgermeistern aus norditalienischen Provinzen in Brescia und mit einer darauf folgenden offiziellen Konferenz mit allen Präfekten des Nordens hat Italiens "starker Mann", Innenminister Mario Scelba einen Wahlkampf eingeleitet, der sich bis zum Spätherbst hingiehen wird. Die Gemeindewahlen, um die es sich zunächst handelt, und die sodann von Provinzial-Landtags- und später von Regionalwahlen gefolgt werden sollen, finden zunächst am 29. Mai in 27 der 90 italienischen Provinzen statt. Es werden fast alles norditalienische Provinzen sein, einschliesslich grosser Städte wie Mailand, Genua, Venedig, die seit 1946 von den Kommunisten beherrscht sind. Ein zweiter Schub soll im Juni erfolgen, ebenfalls meist in Nord- und Zentralitalien. Dann tritt eine längere Sommerpause ein, und im Herbst kommen Rom, Neapel und viele andere Provinzen meistens des Südens dran.

Jeder ist sich hier schon längst darüber im klaren, dass Gemeindefragen höchstens in Kleinstädten eine wichtige Rolle spielen werden, dass es sich aber in Wirklichkeit um eine grosse politische Kraftprobe im ganzen Lande handeln wird. Darüber hat Scelba keinen Zweifel gelassen, inder er es als Hauptziel der Regierung offen ausgesprochen hat, die kommunistischen Mehrheiten von 1946 zu stürzen. Für den Ausgang dieser Kraftprobe wird nicht zuletzt mitentscheiden, ob sich die soeben beschlossene Wiedervereinigung zwischen den gespaltenen Sozialdemokraten im Sinne eines Zusammengehens mit den Christlichdemokraten gegen die Kommunisten und Faschisten bewährt, oder ob der doktrinäre Flügel der Einheitssozialisten auf seiner feindseligen Haltung gegen de Gasperis Partei beharrt. Verhandlungen zwischen den beiden Flügeln der Sozialdemokraten vor ihrer formellen Vereinigung, die am 1. Mai verkündet werden soll, sind darüber noch im Gange.

Gegenüber diesem Ansturm erscheinen die Kommunisten trotz aller ihrer hohen Töne sehr desorientiert. Sie haben soeben nach zwei Jahren wieder einen Parteitag abgehalten und im Grunde genommen

nichts anderes vorzubringen geküht, als ihre abgelebten und diskreditierten "Friedens"-Parolen. Alles, was ihr Führer Togliatti von seinem monatelangen Winteraufenthalt in Moskau an politischen Gedanken mitgebracht hatte, war das sehr plumpe Angebot der Unterstützung jeder neuen Regierung, die aus dem Atlantikpakt ausscheiden würde. Das betet ihm nun Pietro Nenni, der Führer der total an Russland verschriebenen sogenannten "Linkssozialisten" getreulich nach. Sonst können die Kommunisten natürlich nicht hoffen, irgendeinen vernünftigen Menschen damit zu ködern. Bezeichnend ist es aber, dass Togliatti einer solchen imaginären neuen italienischen Regierung, die die gesamte Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik des Landes auf den Kopf stellen würde, nicht nur wohlwollende Neutralität und sogar Koalitionsbereitschaft auf politischem Gebiete angeboten hat, sondern darüber hinaus totale Einstellung der sozialen Kämpfe. Damit haben die Kommunisten nur das zynische Geständnis abgelegt, dass ihnen die sozialen Forderungen und Bedürfnisse der Arbeiterschaft ganz gleichgültig sind (denk auch bei einer Freigabe des Atlantikpaktes würden ja die Lohnforderungen der Arbeitnehmer und die Arbeitsbeschaffungsprobleme für Erwerbslose natürlich weiterbestehen), sondern sie haben damit auch nachträglich zugegeben, dass alle die Streiks und sonstigen Massenbewegungen, die sie durch die von ihnen beherrschten Gewerkschaften in den letzten Jahren inszeniert hatten, rein politische Kampfmaßnahmen gegen die "westlich" orientierte Regierung bildeten. Davon war man zwar längst in allen nichtkommunistischen Kreisen überzeugt, aber bisher hatten es die Kommunisten entrüstet und hartnäckig geleugnet. Togliattis neuestes Angebot eines sozialen Friedens im Falle eines Umwerfens der italienischen Außenpolitik hat nunmehr den nachträglichen schlüssigen Beweis für die Richtigkeit dieser Anklage erbracht.

+ + +

#### Der Sechs-Jahresplan für die Vertriebenen

d.g. Das Rätselraten um den COA-Flüchtlingsbericht (Autor Mr. Sonne) ist zu Ende. Nicht zuletzt über Drängen der Vertriebenenorganisationen hat die Regierung einen Auszug aus diesem deutsch-amerikanischen Sachverständigen-Gutachten - das nicht frei von sehr kritischen Äußerungen über die bisherige Wirtschafts- und Sozial-

politik der Bundesregierung ist - der Öffentlichkeit übergeben und Mr. Sonne, der Leiter dieser ECA-Kommission hat es mit offenen Worten erläutert.

Man könnte die Vorschläge des Sonne-Berichtes auch einen Sechs-Jahresplan für die Vertriebenenengliederung nennen, zu deren Realisierung freilich mehr als 12 Mrd. DM erforderlich sind, über deren Aufbringung man nur soviel weiss, dass sie durch eine internationale Anleihe massgeblich erleichtert werden soll. Die ECA-Vorschläge sehen neben dem Neubau von Wohnungen, der Umsiedlung von 700.000 Vertriebenen und einem allgemeinen Bevölkerungsausgleich nach wirtschaftlichen Schwerpunkten vor allem auch die konsequente Fortführung der Flüchtlingssiedlung vor, die innerhalb von sechs Jahren 35.000 volle Erwerbsstellen und 65.000 Nebenerwerbsstellen schaffen soll.

Den Planungen der ECA-Kommission liegen erstmalig zusammenfassende Länderberichte auch über die landwirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen zugrunde und eine Analyse der Sozialstruktur zeigt, dass der verstärkten Landflucht und dem rückgängigen Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 30 auf 18% das starke Verlangen des grössten Teiles des heimatvertriebenen Landvolkes gegenübersteht, wieder als selbständige Landwirte mit ihren Familien tätig sein zu können.

Seit dem Erlass des Flüchtlingssiedlungsgesetzes (1949) wurden in der Bundesrepublik die verschiedenartigsten Massnahmen ermöglicht: auslaufende oder erbenlose und landlose oder "wüste" Höfe konnten genutzt und die Vertriebenen auch wieder in den allgemeinen Bodenverkehr eingeschaltet werden. Selbsthilfeaktionen der Vertriebenen erhöhten den erzielten Effekt.

Auf Grund des Flüchtlingssiedlungsgesetzes wurden in den 18 Monaten vor dem 1. Januar 1951 im Bundesgebiet 10.670 Höfe übernommen, von denen 4.447 oder rund 42% allein auf Niedersachsen entfallen. Die Ergebnisse zeigen auch deutlich den Einfluss der verschiedenen gelagerten Verhältnisse und die unterschiedliche Aktivität und Organisation in den Ländern. Das Flüchtlingsland Bayern folgt mit 2.141 Höfen, Württemberg-Baden mit 1.081 und das über

Schleswig-Holstein mit 891 übernommenen landwirtschaftlichen Betrieben. In die weiteren Siedlungserfolge teilen sich Hessen (851), Nordrhein-Westfalen (672), Rheinland-Pfalz (290), Württemberg-Hohenzollern (124), Baden (122), Hamburg (26) und Bremen (25). Mehr als ein Drittel dieser Betriebe fällt in die Grössenklasse bis zu 2 ha, ein Fünftel Betriebe ist zwischen 10 und 20 ha gross. Fast die Hälfte aller Übernahmen erfolgte im Pachtwege, der Rest durch Erwerb oder im Siedlungsverfahren. Der finanzielle Aufwand für die Flüchtlingsiedlung betrug im genannten Zeitraum 118 Mill. DM, an denen die Soforthilfemittel mit 59 Mill. DM beteiligt sind, während die Länder 44.5 Mill. und ERP mit 14.5 Mill. DM dazu beigetragen haben. Auch in der finanziellen Erfolgsrechnung behauptet Niedersachsen mit einem Aufwand von 38.99 Mill. DM oder 33% der Bundessumme die Spitze und lässt Bayern (16 Mill.) weit hinter sich.

Wenn sich auf Grund der bisherigen Ergebnisse ein Jahresdurchschnitt von rund 7.000 zu übernehmenden Betrieben ergibt, so muss die ECA-Sechsjahresplan vorgesehene Schaffung von 35.000 Siedlerstellen als ein keineswegs zu hoch angesetztes Ziel bezeichnet werden, zumal die Moor- und Ödlandkultivierung bisher nicht besonders gefördert worden ist.

+ + + +

#### Das Ergebnis der I.R.K.-Flüchtlingskonferenz

-----

-dt. "Die nationalen Rot-Kreuz-Gesellschaften sind sich des Ernstes des deutschen Flüchtlingsproblems bewusst und haben ihre Bereitschaft erklärt, ihre Hilfe zu steigern und auszubauen". Das etwa ist, vorgetragen vom Generalsekretär der Liga der Rot-Kreuz-Gesellschaften, Comte de Rougé, die Quintessenz der sechstägigen Flüchtlingskonferenz des Internationalen Roten Kreuzes in Hannover. Eine ebenso wichtige, in mehreren Entschliessungen niedergelegte Erkenntnis der Konferenz ist, dass das deutsche Flüchtlingsproblem nur durch eine nationale und internationale Zusammenarbeit zu lösen sei, darum wird den einzelnen nationalen Rot-Kreuz-Gesellschaften nahegelegt, diese Erkenntnis ihren Regierungen zu vermitteln und die Regierungen zu einer entsprechenden Politik in den verschiedenen internationalen

Institutionen zu veranlassen.

In die undiplomatische Sprache des deutschen Alltags übertragen, bedeutet das: wir wollen unsere Hilfe steigern, aber diese Hilfe kann nur lindern; um das Problem aus der Welt zu schaffen, müssen alle, Deutschland und das westliche Ausland, zusammen helfen.

Dem einzelnen deutschen Flüchtling, der seit Jahren in einem Lager auf eine menschenwürdige Wohnung wartet oder der in einer leidlichen, ländlichen Wohnung verzweifelt einen seiner Ausbildung und seinen Kenntnissen entsprechenden Arbeitsplatz sucht und nicht finden kann, dem einzelnen also mag dieses Ergebnis wenig sagen. Wer aber um die Anstrengung weiss, die seit Jahren von den verschiedensten deutschen, ausländischen oder internationalen Institutionen und Kommissionen gemacht wurden, um das Ausland auf den europäischen Explosivstoff unter dem deutschen Flüchtlingselend aufmerksam zu machen, der wird diese Tagung als einen grossen Schritt vorwärts bezeichnen. Denn es gibt wohl kaum eine Organisation, die so wie das Internationale Rote Kreuz aus ihrer caritativen Tätigkeit mit den Institutionen (und ihren Männern) verbunden und verflochten ist, in denen die Entscheidungen fallen. Es ist durchaus möglich, dass auf diesem Weg eine Beschleunigung in dem Prozess eintritt, mit dessen Hilfe eine grosszügige Auslandshilfe für die deutschen Vertriebenen organisiert werden soll.

+ + +

SPD wieder erfolgreich

(sp) Der neue SPD-Sieg bei der Bundestags-Nachwahl in Nordhessen ist eine weitere Bestätigung für das schwindende Ansehen der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien und damit für die Berechtigung der Forderung nach Neuwahlen für den Bundestag. Er ist ausserdem ein Votum für die sozialdemokratisch bestimmte Landespolitik in Hessen. Beide Tatsachen zusammen sind ein sehr aufschlussreiches Kriterium für die politische Gegenwartssituation, denn gerade auch aus dem Verlauf dieses Wahlkampfes hat sich ergeben, dass heute die bundespolitischen von den landespolitischen Gesichtspunkten kaum zu trennen sind.

Die SPD hat in diesem Wahlkreis, einer bisherigen Hochburg der FDP, als einzige Partei einen absoluten Gewinn von 9.000 Stimmen gegenüber der Bundestagswahl und von etwa 4.000 Stimmen gegenüber der

Landtagswahl erzielt. Der relative Gewinn ist noch weit höher. Die FDP hat gegenüber der Landtagswahl, bei der sie freilich weitgehend auf BHE-Stimmen zurückgreifen konnte, 9.000 Stimmen verloren, im Vergleich zur Bundestagswahl hat sie über 2.000 Stimmen abgeben müssen. Der CDU-Kandidat konnte in dieser Wahl rund 6.200 Stimmen auf sich vereinigen. Bei der Landtagswahl war die CDU auf 9.300 Stimmen, bei der Bundestagswahl sogar auf 13.875 Stimmen gekommen, so dass sie heute nicht einmal mehr über die Hälfte der damaligen Anhänger verfügt.

Ein Teil des Ergebnisses ist wohl darauf zurückzuführen, dass in Verhandlungen, die einige Wochen vor der Wahl begannen, die Atmosphäre zwischen der SPD und dem BHE doch recht weitgehend gebessert werden konnte. Offiziell hatte der BHE diesmal die Parole ausgegeben, sich nicht an der Wahl zu beteiligen. Die Erkenntnis in dieser Partei, dass ihr Zusammengehen mit der FDP ein sehr verhängnisvoller politischer Irrtum gewesen ist, verbreitet sich immer mehr, und im Grunde ist der einzige, der sich noch nicht von der damaligen Vorstellung gelöst hat, der Vorsitzende der Landtagsfraktion des BHE, Dr. Czermak.

Auf der anderen Seite ist das Verhältnis zwischen der CDU und der FDP noch schlechter geworden, als es schon seinerzeit war. Wenn jetzt der hessische Landesvorsitzende der FDP, der Abg. Euler, behauptet, der Wahlkreis sei der Bonner Regierungskoalition "durch die Eigensinnigkeit der CDU verloren gegangen", weil die CDU sich nicht habe entschliessen können, auf eine "sinnlose" Kandidatur zu verzichten, so trifft das wohl in dieser Form nicht ganz zu. Nach unseren Informationen hatten zwischen der CDU und der FDP Verhandlungen über eine gemeinsame Kandidatur stattgefunden, die FDP hatte aber eine solche Möglichkeit abgelehnt, weil sie glaubte, mit dem eigenen Kandidaten durchkommen zu können, und weil sie gerade im Hinblick auch auf die häufigen Reibereien mit der CDU auf der Bundesebene eine solche Demonstration einer angeblichen Gemeinsamkeit vermeiden wollte. Dies ist ihr, wie sich nun herausgestellt hat, schlecht bekommen. Das katastrophal schlechte Abschneiden der CDU aber dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass die überwiegend protestantische Bevölkerung in Hessen immer unzufriedener mit dem betont katholischen Kurs der CDU geworden ist.

+ + +

-----  
Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt